

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 21

Rubrik: Reformprogramm von Solidarnosc

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Das polnische Elend, das scheint den Menschen im Westen exotisch und irrational. Man schreibt gross aufgemachte Berichte und Reportagen. Die Autoren jagen nach Sensationen, verkaufen Absurditäten und Primitivismen; aber sie zeigen bloss die Blumen des Bösen, ohne sich um die Wurzeln zu kümmern. Kein Wort über die Ursache des Zerfalls, kein Wort über das System, das jahrzehntlang geherrscht hat, kein Wort darüber, dass man aus «ideologischen Gründen und Ueberlegungen» die Landwirtschaft vernichtet hat, die Kleinproduzenten, das selbständige wirtschaftliche Denken, den Erfindungsgeist der Polen. Das heutige polnische Elend zeigt der Welt die ganze Absurdität des Systems; aber die Welt will sich das nicht zeigen lassen. Man betrachtet alles ohne politische Hintergründe und Folgerichtigkeiten; man gibt die äussere Erscheinung wider und analysiert sie nicht nach System.

Im Zusammenhang mit der polnischen Misere fällt das Wort «Sozialismus» überhaupt nicht, weil der Sozialismus bekanntlich «heilig» ist.

Sogar in Polen produziert man das Schlagwort, schuld sei nicht der Sozialismus, sondern die Abweichung von ihm. Aber seit wie langer Zeit ist der Sozialismus bereit, die «Abweichungen» strafflos fortbestehen zu lassen?

Nun, schuldig ist selbstverständlich das ganz konkrete gesellschaftspolitische System, gemäss dessen Grundsätzen man die politische und wirtschaftliche Macht monopolisiert, den Markt zur reinen Schöpfung des Zentralplanungsamtes degradiert hat usw. Ob man dieses schuldige System nun als «Sozialismus» zu benennen hat oder anders, das kann uns schliesslich egal sein. Den unausweichlichen Bankrott dieses Systems in seiner superdogmatischen Form und in seiner Anwendung auf das «untypische Land» Polen habe ich schon 1977 vorausgesagt in meinem Buch «Po-

len oder die Herrschaft der Dilettanten» (*Edition Interfrom, Zürich 1978*).

Wenn das Wort «Sozialismus» bloss das Bekenntnis enthält, dass es allen Leuten gut gehen soll, dann sind wir ja alle Sozialisten, und jegliche Debatten erübrigen sich.

Wenn aber Sozialismus die sachbezogenen Grundsätze des gesellschaftspolitischen Handelns bedeutet, das konkrete Aktionsprogramm und die Verantwortung für das, was im Namen dieses Programms geschieht, dann darf der Sozialismus seinem «Gerichtsverfahren» nicht entgehen. Die Rettung durch blosser Manipulation, die Flucht in die Vieldeutigkeit des ursprünglichen Begriffes, die Distanznahme zu missratenen Versuchen eines angeblich unechten oder unwahrhaftigen Sozialismus, das alles darf niemanden täuschen. Das Gericht über den Sozialismus muss in der Tat so schnell wie möglich beginnen, und zwar in Polen selbst. Sonst ist alles, was an der Weichsel zum Thema gesagt wird, als faule Ausrede zu bewerten. Man kann keine Diskussion darüber führen, dass es unstatthaft sei, vom Sozialismus abzugehen, wenn man nicht einmal sagt, was dieser Sozialismus ist, von dem man nicht abgehen dürfe.

Das Gericht soll die Zeugen, die Kläger und Anwälte berufen. Die Geschworenen finden sich. Schon haben wir sie, die urteilsfähigen gesellschaftlichen Gremien; aber man weiss noch nicht, wer angeklagt werden soll, wenn man die Folgen so gerne mit den Ursachen verwechselt.

Soll der Hauptschuldige ungestraft bleiben; soll er weiterhin Leitmotiv spielen dürfen? ■

Reformprogramm von Solidarnosc

In Polen hat die Solidarnosc ein gesellschaftliches Reformprogramm vorgelegt und spielt somit unzweifelhaft eine bewusst politische Rolle. Sollten sie die Arbeiter im Sozialismus denn nicht spielen dürfen?

Der erste Kongress der unabhängigen Gewerkschaft hat gezeigt, dass die organisierte Arbeiterschaft sich nicht nur auf gewerkschaftliche Anliegen beschränken will, sondern sich als demokratische Kraft für das ganze Land betrachtet. In den zwei Kongressphasen vom 5. bis 10. September und vom 26. September bis 7. Oktober hat sich eine sozialpolitische Zielsetzung herauskristallisiert. Nach langen Debatten und heftigen, zuweilen sogar tumultartigen Auseinandersetzungen ist das Solidarnosc-Programm verabschiedet worden.

Die Gewerkschaft ist zum Ergebnis gekommen, dass alle Massnahmen zur Ueberwindung der gegenwärtigen ökonomischen und sozialpolitischen Krise nur über eine «Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft» zu verwirklichen sind. Konsequenterweise wird — auf dem Wege von Reformen — eine Umwandlung von Wirtschaft und Staat in Richtung auf mehr Demokratie gefordert. Dem geben die wichtigsten Begehren des Gewerkschaftsprogramms auch Ausdruck:

— Gesellschaftliche Kontrolle über die Wirtschaft («Wirtschaftssozialisierung»); Einführung von Selbstverwaltung und Mitbestimmung in den Betrieben.

— Trennung der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsbefugnisse. (Das bedeutet eine Dezentralisierung der Machtstrukturen und damit eine Schwächung des Machtmonopols, dass die Partei-Oligarchie innehat.)

— Neue Aufgabenstellung für die Polizei. Ihre Tätigkeit soll auf den Schutz der Gesetze konzentriert sein. (Das richtet sich gegen den Gebrauch der Polizei als Mittel zur politischen Beherrschung des Volkes und zur Gesinnungsüberwachung der Staatsbürger.)

— Berufung eines Sozialgerichtes, das die Ursachen des gegenwärtigen Bankrotts ermitteln und die Schuldigen bestrafen soll.

— Beschränkung von Rüstung und Militärausgaben auf das, was für Verteidigungszwecke notwendig ist. Die ersparten Mittel wären für produktive Ziele einzusetzen.

— Abschaffung des Nomenklatursystems (d. h. Rückkehr zur rechtlichen Gleichstellung aller Staatsbürger).

Solidarnosc steht überdies für das Prinzip echter Wahlen ein, die ohne Auswahl und Alternativen gar nicht möglich sind. Bis zum Dezember will die Gewerkschaft dem Sejm (Parlament) einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, wonach allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Aufstellung eigener Kandidaten für die Wahlen zu gestatten ist. (Das ist ein Bekenntnis zum Pluralismus, ohne den es keine Demokratie gibt.)

Im weiteren verlangt Solidarnosc, dass die Regierungsgewalt durch eine parlamentarisch gebildete Regierung ausgeübt werden soll (d. h. nicht durch den «Apparat» der Partei, dem jegliche Rechenschaftspflicht und Transparenz abgeht).

Schliesslich erklärt die Gewerkschaftsführung von Solidarnosc die polnische Arbeiterschaft als grundsätzliche und treibende Kraft der Erneuerungsbewegung. Das widerspricht dem Anspruch der Partei auf Führerschaft im Erneuerungsprozess.

Am herausfordernden Charakter des Programms besteht kein Zweifel. Aber steht es uns zu, den Menschen das Recht abzustreiten, nach Demokratie zu streben? ■

Zitiert...

«Das ist der vielleicht grösste Erfolg von Solidarnosc: Sie entstand und sie besteht in einem System totalitärer Macht, ohne ihr unterworfen zu sein.»

Wladyslaw Frasnjuk (Breslau), Präsident der Solidarnosc-Regionalorganisation Niederschlesien, am 1.9. 1981 vor dem Polnischen Fernsehen.